

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Hauptausschusses

### **Beschlussfähigkeit des Landtages in außergewöhnlichen Notlagen ermöglichen**

**Berichterstatter:**

Abgeordneter Erik Stohn (SPD)

**Beschlussempfehlung:**

Der Landtag möge beschließen:

„Die vorläufige Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg vom 25. September 2019 (Drucksache 7/1-B) wird wie folgt geändert:

Nach § 61 wird ein neuer § 61a eingefügt:

**„§ 61a**

**Beschlussfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen**

- (1) Stellt das Präsidium eine außergewöhnliche Notlage fest, so ist der Landtag abweichend von § 61 beschlussfähig, wenn mindestens 23 Mitglieder des Landtages anwesend sind, es sei denn, die Fraktionen und Gruppen sind bei der Abstimmung nicht entsprechend ihrem Stärkeverhältnis repräsentiert und eine benachteiligte Fraktion oder Gruppe rügt dies bis zur Eröffnung der Abstimmung oder ist mit keinem Mitglied vertreten. Eine Fraktion oder Gruppe, die mit keinem Mitglied vertreten ist, kann der Präsidentin oder dem Präsidenten auf geeignete Weise vor Eröffnung der Abstimmung mitteilen, dass die Abwesenheit ihrer Mitglieder der Beschlussfähigkeit nicht entgegensteht. Ist auch das Präsidium nicht beschlussfähig, kann die außergewöhnliche Notlage durch die Präsidentin oder den Präsidenten, im Benehmen mit den Vizepräsidenten, festgestellt werden. Ist die Präsidentin oder der Präsident an der Anwesenheit im Landtag gehindert, übermittelt sie oder er die Entscheidung auf geeignete Weise der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten. Eine außergewöhnliche Notlage liegt vor, wenn eine nicht nur unerhebliche Anzahl der Mitglieder des Landtages aufgrund einer außergewöhnlichen Gefahren- oder Schadenslage, wie Pandemien, Naturkatastrophen, Eintritt des Verteidigungsfalls, daran gehindert ist, an den Sitzungen persönlich teilzunehmen.

(2) Die Geschäftsordnung kann durch die gemäß Absatz 1 reduzierte Besetzung des Landtags nicht geändert werden.

(3) § 61a tritt mit Ablauf des 30. Juni 2020 außer Kraft.“

**Bericht:****A. Allgemeines**

Der Landtag Brandenburg hatte in seiner 1. Sitzung am 25. September 2019 den Hauptausschuss mit der Erarbeitung der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg beauftragt. Im Rahmen dieses Beschlusses des Landtages befasste sich der Hauptausschuss angesichts der aktuellen Corona-Pandemie in seiner 6. Sitzung am 25. März 2020 mit der Thematik der Beschlussfähigkeit des Landtages in außergewöhnlichen Notlagen. Ziel war, die Handlungsfähigkeit des Parlamentes im Falle einer solchen Notlage zu gewährleisten.

Basis für die Debatte im Hauptausschuss waren ein Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beschlussfähigkeit des Landtages in Notlagen ermöglichen, Drucksache 7/911 (Anlage 1) sowie ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Anlage 2). Diese sehen vor, einen neuen § 61a in die Vorläufige Geschäftsordnung aufzunehmen.

Während durch den Antrag der Koalitionsfraktionen das Präsidium bzw. bei dessen Beschlussunfähigkeit die Präsidentin im Benehmen mit dem Vizepräsidenten und der Vizepräsidentin die Notlage feststellt, soll nach dem Antrag der Fraktion DIE LINKE die Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Landtages die Notlage feststellen. Nach dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sind zudem die Entscheidungen dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen.

Beiden Anträgen gemein ist, dass die Vorschrift mit Ablauf des 30. Juni 2020 außer Kraft tritt. Auch soll die Geschäftsordnung durch eine reduzierte Besetzung des Landtages nicht geändert werden können.

**B. Beratung**

In der Debatte in der 6. Sitzung des Hauptausschusses am 25. März 2020 ging es zunächst um die Frage der Mindestanzahl der anwesenden Abgeordneten für die Beschlussfähigkeit. Dabei kristallisierte sich heraus, dass die Zahl 23 von den Mitgliedern des Ausschusses favorisiert wurde. Denn durch mindestens 23 anwesende Abgeordnete seien die Mehrheitsverhältnisse des Parlamentes korrekt abgebildet.

Ein Diskussionspunkt war die Frage, ob eine nachträgliche Genehmigung durch den dann voll besetzten Landtag erforderlich sei.

Die Fraktion DIE LINKE plädierte hierfür, damit allen Abgeordneten im Nachgang die Möglichkeit der Beteiligung gegeben werde. Dies sei aus Transparenz- und Demokratiegründen wichtig. Die demokratische Legitimation werde dadurch erhöht. Der zunächst gefasste Beschluss habe aber natürlich Bestand und sei umzusetzen.

Die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprachen sich gegen eine solche nachträgliche Genehmigung aus. Der Landtag könne im Nachgang seine Beschlüsse revidieren. Gesetze könnten zudem nur durch Gesetz wieder geändert werden. Insofern führe die schwebende Unwirksamkeit, die durch eine nachträgliche Genehmigung verursacht werde, zu Rechtsunsicherheit.

Denn Ziel sei gerade, den Landtag durch die neue Regelung auch in kleinerer Besetzung arbeits- und beschlussfähig zu halten.

Im Weiteren wurde die Frage, wer die Entscheidung über die Notlage treffen soll, erörtert. Die Koalitionsfraktionen sprachen sich dafür aus, dass die Feststellung des Präsidium treffen sollte. Dieses sei hinreichend legitimiert und könne, anders als der Landtag, auch in einem Eilverfahren Entscheidungen treffen. Insofern könne hier lageangemessen entschieden werden. Nur für den Fall, dass das Präsidium nicht beschlussfähig sei, sollte die Präsidentin im Benehmen mit der Vizepräsidentin und dem Vizepräsidenten über das Vorliegen einer Notlage entscheiden.

Dagegen sprach sich die Fraktion DIE LINKE für eine Feststellung der Notlage durch die Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Landtages aus. Zum einen gebe es für das Präsidium keine Vertretungsregelungen, sodass das Präsidium schnell ebenfalls nicht beschlussfähig sein könne. Die Verantwortung dann allein auf die Präsidentin und die beiden Vizepräsidenten zu übertragen, sei aus demokratiepolitischen Gesichtspunkten nicht ausreichend. Dieser Punkt sei für die Fraktion DIE LINKE essentiell.

Die AfD-Fraktion sprach sich für eine Feststellung der Notlage durch das Präsidium aus. Auch sei die Genehmigungsfiktion nicht erforderlich. Denn die Handlungsfähigkeit des Landtages sollte nicht infrage gestellt werden.

Die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER schloss sich in beiden Diskussionspunkten ebenfalls dem Vorschlag der Koalitionsfraktionen an. Die nachträgliche Genehmigung werde der Absicht, eine verbindliche Regelung für Notlagen zu treffen, nicht gerecht.

In der Frage, wer die Notlage feststellen soll, konnte letztlich keine Einigkeit im Ausschuss erzielt werden. Einvernehmen herrschte aber darüber, dass ein solches Verfahren nur möglich sei, wenn alle Abgeordnete die Absprachen einhielten und die Mehrheitsverhältnisse in jedem Fall gewahrt seien. Auch waren sich die Ausschussmitglieder einig, dass es sich um eine außergewöhnliche Notlage handeln müsse.

Letztlich verständigte sich der Ausschuss darauf, den Antrag der Koalitionsfraktionen dahingehend abzuändern, dass mindestens 23 Abgeordnete für die Beschlussfähigkeit anwesend sein müssen und die Notlage eine außergewöhnliche sein muss.

Im Ergebnis votierte der Hauptausschuss bei einer Enthaltung einstimmig (10 : 0 : 1) für den so geänderten Beschlusstext. Die eingebrachten Anträge wurden damit als erledigt betrachtet.

**Anlagen**

- Anlage 1: Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Beschlussfähigkeit des Landtages in Notlagen ermöglichen“, Drucksache 7/911 vom 24.03.2020
- Anlage 2: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Beschlussfähigkeit des Landtages in Notlagen ermöglichen“ vom 25.03.2020

## Antrag

der SPD-Fraktion,  
der CDU-Fraktion und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Beschlussfähigkeit des Landtages in Notlagen ermöglichen

Der Landtag möge beschließen:

Die vorläufige Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg vom 25. September 2019 (Drucksache 7/2-B) wird wie folgt geändert:

Nach § 61 wird ein neuer § 61a eingefügt:

#### „§ 61a

##### Beschlussfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen

- (1) Stellt das Präsidium eine Notlage fest, so ist der Landtag abweichend von § 61 beschlussfähig, wenn mindestens 22 Abgeordnete anwesend sind, es sei denn, die Fraktionen und Gruppen sind bei der Abstimmung nicht entsprechend ihrem Stärkeverhältnis repräsentiert und eine benachteiligte Fraktion oder Gruppe rügt dies bis zur Eröffnung der Abstimmung oder ist mit keinem Mitglied vertreten. Eine Fraktion oder Gruppe, die mit keinem Mitglied vertreten ist, kann der Präsidentin oder dem Präsidenten auf geeignete Weise vor Eröffnung der Abstimmung mitteilen, dass die Abwesenheit ihrer Mitglieder der Beschlussfähigkeit nicht entgegensteht. Ist auch das Präsidium nicht beschlussfähig, kann die Notlage durch die Präsidentin oder den Präsidenten, im Benehmen mit den Vizepräsidenten, festgestellt werden. Ist die Präsidentin oder der Präsident an der Anwesenheit im Landtag gehindert, übermittelt sie oder er die Entscheidung auf geeignete Weise der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten. Eine Notlage liegt vor, wenn eine nicht nur unerhebliche Anzahl der Abgeordneten aufgrund einer außergewöhnlichen Gefahren- oder Schadenslage, wie Pandemien, Naturkatastrophen, Eintritt des Verteidigungsfalls, daran gehindert ist, an den Sitzungen persönlich teilzunehmen.
- (2) Die Geschäftsordnung kann durch die gemäß Absatz 1 reduzierte Besetzung des Landtags nicht geändert werden.
- (3) § 61a tritt mit Ablauf des 30. Juni 2020 außer Kraft.“

Begründung:

Die aktuelle Pandemie führt vor Augen, dass die bisherige Geschäftsordnung nicht den Fall regelt, falls das Parlament aufgrund akuter Notlagen nicht in vollständiger Besetzung tagen kann oder soll. Diese Regelungslücke soll mit dem Änderungsantrag geschlossen werden.

Der neue § 61a soll es dem Landtag ermöglichen, in einer Notbesetzung zu tagen und die zwingend erforderlichen Gesetze und Anträge beschließen zu können.

Die Notlage muss durch das Präsidium festgestellt werden; sollte das Präsidium nicht beschlussfähig sein, stellt die Präsidentin oder der Präsident im Benehmen mit den Vizepräsidenten die Notlage fest.

Der Landtag ist bei Feststellung der Notlage beschlussfähig, wenn mindestens 22 Abgeordnete anwesend sind. Die Widerspiegelung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse wird gewahrt, indem den Fraktionen und Gruppen ein Widerspruchsrecht zusteht, sollten nicht die Stärkeverhältnisse der Gruppen und Fraktionen gewahrt sein.

Das in derartiger reduzierter Besetzung tagende Parlament kann die Geschäftsordnung des Landtages nicht ändern.

Die Regelung gilt nur vorläufig und tritt mit Ablauf des 30. Juni 2020 außer Kraft.



## Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag „Beschlussfähigkeit des Landtages in Notlagen ermöglichen“ der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/911)

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Vorläufige Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg vom 25. September 2019 (Drucksache 7/1-B) wird wie folgt geändert:

Nach § 61 wird ein neuer § 61a eingefügt:

### „§ 61a

#### **Beschlussfähigkeit in einer unaufschiebbaren Notlage**

(1) Stellt die Mehrheit der anwesenden Mitglieder im Falle des Anzweifeln der Beschlussfähigkeit auf Antrag der Präsidentin oder des Präsidenten eine unaufschiebbare Notlage fest, so gilt der Landtag als beschlussfähig, wenn mindestens 23 Abgeordnete anwesend sind, es sei denn, die Repräsentation ist nicht entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen und Gruppen sichergestellt und eine benachteiligte Fraktion oder Gruppe rügt dies bis zur Eröffnung der Abstimmung oder ist mit keinem Mitglied vertreten. Die Entscheidungen sind dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen. Wird die Genehmigung versagt, so ist die Versagung im Gesetz- und Verordnungsblatt unverzüglich bekannt zu machen.

(2) Die Geschäftsordnung kann durch die gemäß Absatz 1 reduzierte Besetzung des Landtags nicht geändert werden.“

2. § 61a tritt mit Ablauf des 30. Juni 2020 außer Kraft.

#### Begründung:

Angesichts der Corona-Pandemie ist der Landtag als Volksvertretung des Landes Brandenburg gehalten, Vorsorge für den Fall treffen, dass Mitglieder des Landtages in größerer Zahl von der Krankheit betroffen sind und aus diesem Grund nicht an Landtagssitzungen teilnehmen können.

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj



Eine mögliche Lösung kann die Reduzierung der Zahl der Mitglieder des Landtages sein, ab der das Parlament als beschlussfähig gilt.

Die Entscheidung darüber, ob der Landtag in reduzierter Zusammensetzung tagen darf, soll an die Feststellung einer unaufschiebbaren Notlage gebunden sein. Diese Entscheidung muss aus verfassungsrechtlichen Gründen dem Landtag vorbehalten sein; eine Feststellung der Notlage durch das Präsidium oder gar die Präsidentin – wie im Antrag der Koalitionsfraktionen vorgesehen – ist rechtlich unzulässig.

Der Änderungsantrag folgt in wesentlichen Teilen der am 18. März 2020 beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung des Landtages Schleswig-Holstein, die diese Verfassungsprinzipien zur Grundlage hat und genau deshalb auch eine nachträgliche Genehmigung von Entscheidungen durch den Landtag vorsieht.

Die Ergänzung der Vorläufigen Geschäftsordnung um einen § 61a soll zeitlich bis zum 30. Juni 2020 befristet werden. Schon deshalb besteht keine Notwendigkeit dafür, im Text der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages - beispielhaft - die Corona-Pandemie oder gar andere „Notlagen“ namentlich zu erwähnen, wie es der Koalitionsantrag vorschlägt.